

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 18 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 30.

Berlin, Mittwoch, 15. April 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die politische Organisation der Arbeitgeber. — Die
Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt a. M. — Säurever-
giftungen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit-
Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Des Karfreitags wegen muß die nächste
Nummer schon am Donnerstag fertiggestellt werden.
Versammlungsanzeigen sowie sonstige Mitteilungen,
die für diese Nummer bestimmt sind, müssen
daher bis

spätestens Donnerstag früh

im Besitze der Redaktion sein.

Die politische Organisation der Arbeit- geber.

Vortrefflich haben es die Arbeitgeber von
jeher verstanden, ihre Interessen zu vertreten. In
Kartellen, Ringen, Syndikaten und Trusts sind sie
vereint, um den Konsumenten gegenüber ihre
Vorteile wahrzunehmen. Der Zusammenschluß in
starken Verbänden zum Schutze ihrer Interessen
gegenüber den Arbeitern kann letzteren geradezu
als Vorbild dienen. Aber alles dies scheint noch
nicht zu genügen. Seit einigen Wochen sind in
der Presse der Unternehmer und ihr verwandten
Lageszeitungen eifrig der Plan erörtert, die Indus-
triellen auch politisch zu organisieren. Den
ersten Anlaß dazu scheint die in Arbeiterkreisen
unrühmlich bekannte freikonservative „Post“ ge-
geben zu haben. In mehreren Artikeln hat das
genannte Blatt seine Meinung dahin ausgesprochen,
daß die Arbeitgeber in den parlamentarischen
Körperschaften keine ihrer Bedeutung entsprechende
politische Macht besäßen und deshalb dahin streben
müßten, diese zu erlangen. Die Voraussetzung
dafür bilde die politische Organisation. Um sich
diese zu schaffen, sollten Industrie und Gewerbe
sich die Landwirtschaft zum Muster nehmen, die
im Bunde der Landwirte sich eine Einrichtung ge-
schaffen hätte, wie sie den Unternehmern dringend
not tue.

Diese Anregung wurde von der „Deutschen
Arbeitgeber-Zeitung“ aufgenommen und durchaus
sympathisch besprochen. Auch andere rechtsstehende
Blätter, wie die „Kreuz-Zeitung“ und die „Ber-
liner Politischen Nachrichten“, haben Stellung zu
der Frage genommen. Während aber erstgenannte
die Sache zugunsten der konservativen Partei aus-
zusprechen verliert, empfehlen die Berliner Poli-
tischen Nachrichten die Organisation der gewerb-
lichen Arbeiterschaft nach dem Muster der Land-
wirtschaft im Sinne des Bundes der Landwirte.
Das Blatt meint:

„Aberdings wird sich Handel und Gewerbe auch darin
den Bund der Landwirte zum Muster nehmen müssen, daß
die zu schaffende Organisation sich von jeder be-
stimmten politischen Parteirichtung frei-
hält, vielmehr ihre Kraft auf die wirksame Förderung
derjenigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen
konzentriert, die Gemeingut der gesamten gewerblichen
Arbeiterschaft sind. Diese durchzusetzen, muß das Ziel einer
politischen Organisation der gewerblichen Arbeiterschaft
sein; sie wird demzufolge auch bei den politischen Wahlen
nicht Kandidaten bestimmter Parteien unterstützen oder be-
kämpfen, sondern ihre Unterstützung denjenigen
Kandidaten zuwenden müssen, von denen
sie die wirksamste Vertretung ihres wirt-
schaftlichen und sozialpolitischen Stand-

punktes in den gesetzgebenden Versam-
lungen erwarten darf. So verfährt auch der
Bund der Landwirte. Darin liegt zweifellos einer der
wichtigsten Gründe seiner politischen Macht. Eine auf
ähnlicher Grundlage geschaffene politische Organisation der
gewerblichen Arbeitgeber wird bei richtiger Führung sicher
auch ein entsprechendes Maß von politischem Einfluß ge-
winnen können. Ihre Inangriffnahme und Durchführung
ist eine Aufgabe, welche des Schweißes der Eblen wert ist.“

Diese Pläne haben in kurzer Zeit eine greif-
bare Gestalt angenommen. Den Ausschußmit-
gliedern des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“
ist ein Schreiben zugegangen, in dem bereits Vor-
schläge für die Errichtung eines „Bundes der
Industriellen“ gemacht und zur Annahme empfohlen
werden. Mitglieder des Bundes sollen danach alle
industriellen Handwerker und Kaufleute werden
können, soweit sie gewerbliche Arbeitgeber und Mit-
glieder einer gewerblichen Berufsorganisation sind.
Auch außerordentliche Mitglieder sollen Aufnahme
finden. An die Spitze des Bundes soll ein Vor-
stand gesetzt werden, über dem ein aus 100 Per-
sonen zusammengesetzter Ausschuß steht. Zweck des
Bundes soll natürlich sein, „dem Bemühen, die
Gesetzgebung einseitig den Wünschen der Arbeit-
erschaft anzupassen, Widerstand zu leisten und die
Berücksichtigung der gegen die sinnlose sozialpolitische
Gleichmacheret gerichteten Einwendungen des Unter-
nehmertums seitens der gesetzgebenden Körper-
schaften zu erzwingen“. Die bisherigen Erfolge
auf diesem Gebiete seien nicht befriedigend gewesen,
und die Schuld daran trage der Mangel einer
Organisation, welche „sich nur mit Politik befaßt
und sich auf die nachdrückliche Vertretung des Ar-
beitgeberinteresses in den Parlamenten beschränkt“.
Dann heißt es in den Vorschlägen weiter, daß nicht
auf die Bildung einer neuen politischen Partei ab-
gezielt werde.

„Der Bund soll vielmehr jeder Partei neutral gegen-
überstehen, sofern ihr sozialpolitisches Gebaren nicht auf die
unmittelbare Förderung der Ziele der Sozialdemokratie
hinausläuft. Im allgemeinen wird er sich damit begnügen,
gegen diejenigen Elemente Front zu machen, durch deren
Auftreten die einzelnen Parteien zu verhängnisvoller Ver-
fälschung der Grenzen veranlaßt werden, die der sozial-
politischen Gleichmacheret durch die Verpflichtung zu ge-
wissenschaftlicher Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse aller
Erwerbskategorien gezogen sind. Darum wird der
Bund bei den Wahlen zum Reichstag und
zu den Landtagen alle Kandidaturen be-
kämpfen, die ihm nach dieser Richtung hin
zur Kritik Veranlassung geben, und ebenso
wird er diejenigen Kandidaturen unter-
stützen, welche sich seinen Bestrebungen an-
schließen. Des weiteren wird er sein Bemühen darauf
richten, daß den gewerblichen Arbeitgebern
eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ent-
sprechende Vertretung im Parlament zu-
teil wird.“

Mit der letzten Bemerkung wird offenbar der
Einschluß eines Pluralwahlrechts oder einer Ver-
tretung nach Ständen das Wort geredet. Wenig-
stens hat die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sich
verschiedentlich für eine derartige „Reform“ des
Wahlrechts ausgesprochen.

Doch das nur nebenbei! Uns interessiert der
Gedanke der politischen Organisation der Arbeit-
geber an sich und die Art, wie man sich in ihren
maßgebenden Kreisen dieselbe denkt. Die Arbeit-
geber haben es, wie bereits ausgeführt, von jeher

verstanden, den richtigen Weg zur Erreichung ihrer
Ziele zu finden. Ihre Organisationen, in denen
weder nach dem politischen noch nach dem religiösen
Glaubensbekenntnis gefragt wird, sind geradezu
mustergültig, und die Arbeiter könnten nicht
Besseres tun, als sich auf demselben neutralen
Boden einheitlich zusammenzuschließen. Leider hat
sich diese Erkenntnis in der Arbeiterschaft noch zu
wenig Bahn gebrochen. Allein die Deutschen Ge-
werksvereine sind es, die diesen Standpunkt von
jeher vertreten haben. Wenn nun die Unternehmer
auch ihre politische Interessenvertretung so gestalten
wollen, daß sie in allen Parteien Rückhalt zu ge-
winnen sich bemühen, alle Parteien ihren Inter-
essen dienlich zu machen suchen, so sollte das auch
den deutschen Arbeitern zu denken geben. Die
Gewerksvereine haben auch in dieser Frage von
jeher den richtigen Weg gezeigt. Selbst auf neu-
tralem Boden stehend, weisen sie ihre Mitglieder
darauf hin, außerhalb der Organisation sich als
Staatsbürger zu betätigen und in denjenigen poli-
tischen Organisationen, zu denen sie ihrer Ueber-
zeugung nach gehören, die Forderungen der Ar-
beiterschaft im Sinne der Gewerksvereine zu ver-
treten und zur Geltung zu bringen. Geschieht
dies überall mit der nötigen Entschiedenheit, so
wird es gelingen, auch in den Parlamenten nicht
in allen, aber doch in mehreren Parteien Förderer
und Befürworter berechtigter Arbeiterforderungen
zu finden und diese mit größerem Erfolge durch-
zusetzen, als dies bis jetzt leider der Fall ist.
Vorbereitung dabei ist allerdings, daß die Ar-
beiterschaft nicht durch politische und religiöse Mo-
mente zersplittert ist, sondern daß sie in einer ein-
heitlichen Organisation ihre wirtschaftlichen
Interessen verfolgt, wie sie die Deutschen Gewerks-
vereine bilden.

Die Heimarbeit-Ausstellung in Frank- furt a. M.

Von Dr. Eugen Elkan.

I.

„Hoch genug dürfen wir wohl unsere
Ansprüche an das, was den Bürgern eines
zivilisierten Staates ökonomisch und geistig
gehört, stellen, als daß es gerade das
äußerste Ende sein müßte, welches auf
unsere Sympathien Anspruch machen, den
Mangel einer ausgleichenden Gerechtigkeit
uns empfinden lassen dürfte.“

„Daß aber die Sozialstatistik
zuerst die Bekannten aufsuche, wird niemand
verdenken, der von der Bedeutung prakti-
scher Zwecke auch in der Wissenschaft
durchdrungen ist.“
(Gottlieb Schnapper, Arndt.)

Am 1. April ist in Frankfurt a. M. die zweite
deutsche Heimarbeit-Ausstellung in den Räumen,
welche früher die Schätze des Senckenbergischen Natur-
wissenschaftlichen Museums bargen, eröffnet worden.
Während vordem dem Publikum dort wertvolle
und interessante Tierpräparationen anschaulich vorge-
führt wurden, soll ihm heute gewissermaßen ein
sozialpolitischer Anschauungsunterricht ge-
boten werden. Hierin offenbart sich der gewaltige
Wandel der Zeiten und der Einfluß, den sich die
Sozialwissenschaft zu erringen vermocht hat.

Man erinnert sich noch des tiefen Eindruckes, den
die Berliner Heimarbeit-Ausstellung auf weite und
die höchsten Kreise gemacht hat. Wie sie das öffent-

*) Aus: „Fünf Dorfgemeinden auf dem
hohen Taunus“. Eine sozialstat. Untersuchung. Dunder
& Humblot. 1893.

liche Gewissen aufweckte, aufrüttelte! So ist bald der Gedanke aufgetaucht, diese von Arbeitern ins Werk gesetzte Ausstellung in eine Wanderausstellung umzuwandeln und nach anderen Orten des deutschen Vaterlandes zu entfenden. Diese Absicht scheiterte aber an der technischen Durchführbarkeit, zumal sich die Ausstellungsgegenstände im Besitze der Gewerkschaften befanden.

So ist es denn mit Freude und Bemühtung zu begrüßen, daß in Frankfurt am Main, in der Stadt, welche durch das Wirken und die wertvollen und grundlegenden Arbeiten von Gottlieb Schnapper-Arndt, des allzu früh, 1904, dahingegangenen Gelehrten und Menschenfreundes, als Ausgangspunkt für die Forschungen auf dem Gebiete der Hausheimarbeit angesehen werden kann, die zweite deutsche Heimarbeit-Ausstellung eröffnet werden konnte.

Diese Ausstellung ist dem einmütigen Zusammenwirken der Sektion für Volkswirtschaft des Freien deutschen Hochschiffes mit dem Sozialen Museum, der Akademie, der Handelskammer und der Arbeiterorganisationen, sowie der städtischen Behörden zu verdanken. Es war von Anfang an geplant, der Ausstellung ein eigenartiges Gepräge aufzudrücken, das geeignet war, nicht die Berliner Veranstaltung einfach nachzuahmen, sondern sie zu vertiefen und zu ergänzen. Die Frankfurter Ausstellung beschränkt sich auf die Heimarbeit des dortigen Wirtschaftsgebietes, bietet aber von diesem begrenzten Gebiete ein umfassendes Bild. Es ist in der Hauptsache das Gebiet des Taunus, der Rhön, des Vogelsberg, Speßart und Odenwald; die Heimarbeit dieser Distrikte wird in ihren wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen dargestellt.

Während in Berlin die Beschaffung der Ausstellungsgegenstände vorwiegend in den Händen der gewerkschaftlichen Organisationen lag, wodurch bald Stimmen laut wurden — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt —, die behaupteten, die Ausstellung biete nur ein einseitiges Bild der Verhältnisse, will die Frankfurter Veranstaltung sich durch ihre vollständige Unparteilichkeit und Sachlichkeit auszeichnen. Hier sind die Ausstellungsobjekte vielmehr durch die „Fachauschüsse“ besorgt worden, denen neben den meist wissenschaftlichen Leitern, sowohl Unternehmer, wie Arbeitervertreter der Organisationen angehörten.

Fragen wir nunmehr: „Welchen Zweck soll die Heimarbeit-Ausstellung haben?“ Nun, es wird die Aufgabe der Ausstellung sein, das Interesse des großen Publikums für die Heimarbeit zu erwecken und das Gewissen aufzurütteln. Dies wird sicherlich durch die Vorführung des Arbeitsprozesses, der Aufzeichnungen der Stundenlöhne auf sogenannte „Erläutern“ geschehen. Sodann soll auch die Wissenschaft durch Herausgabe von Monographien, die leider erst später in einem zweibändigen Werke herauskommen werden, einen dauernden Gewinn, ein Denkmal erhalten. Und das ist die Hauptsache — wird hoffentlich die Ausstellung auch dazu beitragen, der Sozialgesetzgebung auf dem schwer beizutommenden Gebiete der Heimarbeit neue, wertvolle Anregungen für gesetzliche Reformen und Maßnahmen zu geben.

Die Ausstellung, über die wir noch weiter berichten werden, hat sich selbst geehrt und ein schönes Zeichen der Pietät bezeugt, indem sie in der Mitte des Ausstellungssaales ein lebenswahres Bild von Dr. Schnapper-Arndt aufgestellt hat, zur Erinnerung an die dankenswerten Forschungen über die Heimarbeit im hohen Taunus, die von Dr. Susnitski fortgesetzt werden sollen.

Säurevergiftungen.

Ende voriger Woche verunglückten in einer Gießereifabrik in Charlottenburg zwei Arbeiter dadurch tödlich, daß sie bei ihrer Arbeit giftige Gase einatmeten. Der Unfall hat berechtigtes Aufsehen erregt und dem „Berliner Tageblatt“ Veranlassung gegeben, dem Sozialhygieniker Professor Dr. Sommerfeld in Berlin um eine Aeußerung über das traurige Ereignis zu ersuchen. Der auch in den Kreisen der Berliner Gewerksvereiner rühmlichst bekannte Gelehrte schreibt nun darüber folgendes:

Die Arbeiter Paul und Krüger waren seit einer langen Reihe von Jahren, allerdings in größeren Zeitabständen, damit beschäftigt, gewisse Messingteile der Fabrikate gelb und schwarz zu brennen. Das Gelbbrennen geschieht durch Eintauchen der Messingwaren in Salpetersäure, Salzsäure und Schwefelsäure, durch nachträgliches Abspülen mit Wasser und Einlegen in Sägespäne. Zum Schwarzbrennen wird eine sogenannte schwarze Brülge hergestellt in der Weise, daß man Salpetersäure mit Kupferspänen vermischt. Mit dieser Mischung waren die beiden Arbeiter am Unfalltage beschäftigt. Ihre Aufgabe bestand darin, in einen irdenen Topf mit etwa fünf Litern Salpetersäure eine Handvoll Kupferspäne zu werfen. Nach etwa einer Minute beginnen sich giftige Dämpfe, die sogenannten nitrosen Gase, zu entwickeln und aufsteigen. Nach einer halben Stunde sind bei ergeblicher Ventilation die Gase aus dem Raume ent-

wichen, und nunmehr muß in der Regel eine zweite Handvoll Kupferspäne der Mischung zugesetzt werden. Die Arbeiter haben den Auftrag, sogleich nach dem Einfüllen der Späne den Raum zu verlassen und ihn erst dann wieder zu betreten, wenn sie durch die Fensterseiben hindurch beobachten können, daß die Dämpfe entwichen sind. In jedem Falle sind die Fenster und die große Dachluke zu öffnen, damit die Gase einen bequemen, freien Abzug haben.

In der betreffenden Fabrik befindet sich der Beizraum unter dem Dache; die drei stellbaren Fenster haben eine Belichtungsfläche von etwa vier Quadratmetern. Die mit einem leicht beweglichen schwebenden Holzbelag versehene Dachluke mißt etwa zwei Quadratmeter. Während der verhängnisvollen Arbeit waren wohl die Fenster geöffnet, nicht aber die Dachluke, zudem hatten sich die Arbeiter entgegen der Vorschrift nicht aus dem Arbeitsraum zurückgezogen und deuteten, als der kontrollierende Obermeister sie zurechtwies, darauf hin, daß sie an diese Beschäftigung gewöhnt seien und die Gase ihnen nichts antun könnten. So stiegen wir auch hier auf den alten Erfahrungssatz, daß der an Gefahren gewöhnte Arbeiter diese allmählich immer geringer einschätzt und schließlich sogar den verläßt, der sich ängstlich und besorgt vor ihnen zu schützen sucht. Mit dieser Eigenart des Charakters müssen wir jedoch in dem Arbeiterschutz rechnen und Maßnahmen treffen, die den Arbeiter auch ohne sein Zutun und selbst gegen seinen Willen schützen. Wenn irgendwo, so ist diese Vorsicht bei dem Beizen von Messingwaren angebracht, wobei sich die äußerst giftigen nitrosen Gase entwickeln, die niederen Oxydationsstufen des Stickstoffes, wie Stickstoffdioxid, Stickoxyd, Salpétrigäureanhydrid und Salpétrige Säure. Die Empfindlichkeit gegen diese Gase ist bei den einzelnen Individuen sehr schwankend, und oft werden die Gase stundenlang ohne Störung ertragen, wenn die Atemungsluft nicht zu stark mit ihnen erfüllt ist. Die krankhaften Störungen bei Einatmung größerer Mengen bestehen in Reizerscheinungen in den Luftwegen, wie Gefühl von Zusammenschnürung der Kehle, krampfartiger Husten, Beklemmung auf der Brust, kalter Schweiß, Hervorquellen der Augen, dann krampfartige Hustenanfälle, bläuliche Verfärbung des Gesichtes und Erblühen des Bewußtseins bis der Tod, meist durch Lungenwassererfüllung, die Dualen beendet.

Die Maßnahmen, die solchen schweren Unheil vorbeugen, sind recht einfacher Natur und würden, wenn die Fabrikleiter von zuständiger Seite Belehrung erhielten, auch zweifellos durchgeführt werden. Zweckmäßiger allerdings ist es, die Hygiene der Metallbeizeieren reichsgesetzlich zu regeln. Neben sorgfältiger Durchlüftung des Beizraumes empfiehlt es sich vor allem, über den die giftigen Säuren enthaltenden Gefäßen Hauben anzubringen, die mit einem kräftigen Ventilator in Verbindung stehen oder als Notbehelf in einen Schornstein münden, in dem eine Luftlampe die Abführung der Dämpfe bewirkt. Die Arbeiter selber sind immer aufs neue auf die Gefahren ihrer Arbeit hinzuweisen und streng anzuhalten, daß sie in dem Beizraum nur solange verweilen, wie ihre Arbeit unbedingt erfordert.

Wir haben geglaubt, diese beherzigenswerten Ausführungen eines Sachmannes aus weiteren Kreisen unserer Verbandsgenossen zugänglich machen zu müssen, da sie durchaus geeignet sind, manchen Arbeiter vor Gefahren zu schützen, denen er sonst aus reiner Gewohnheit zu wenig Beachtung schenkt.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, d. 14. April 1908.

In das Reichsamt des Innern berufen wurde der Beigeordnete Dr. Wiedfeld-Essen. Dr. Wiedfeld erfreut sich auf sozialpolitischem Gebiete seit Jahren eines guten Rufes. Seiner Tätigkeit ist es in erster Linie zu danken, daß namentlich das Baugewerbe von Rheinland-Westfalen vor heftigen Kämpfen bewahrt worden ist. Er hat dem Larifgedanken in den westlichen Landesteilen wesentlich die Wege gebahnt. Deshalb begrüßen auch wir es mit Freuden, daß ein Mann von solchen Anschauungen, der schließlich auch die Arbeiterbewegung aus praktischer Erfahrung kennen gelernt hat, in das Reichsamt des Innern berufen worden ist. Er wird dort jedenfalls gegenwärtig schweben aussichtslos Verhandlungen, die auch während der Osterferien weitergeführt werden.

In wesentlichen haben die Nationalliberalen ihren Willen durchgesetzt; denn das neue Wahlrecht wird ein Pluralwahlrecht sein, das für Alter, Besitz

und Bildung Zusätzlichen gewährt. Weiter heißt es, daß das aktive Wahlrecht erst nach zweijähriger, das passive nach vierjähriger Staatsangehörigkeit erworben werden kann. Die Wahlkreisverteilung wird so gedacht, daß die Großstädte besondere Kreise bilden und die kleineren Städte mit ländlichen Wahlkreisen zusammengelegt werden. Ueber Einzelheiten läßt sich natürlich noch nichts sagen, da es sich ja nur um Vorberhandlungen handelt. Aber auch das, was bisher in die Öffentlichkeit gedrungen ist, läßt erkennen, daß das geplante sächsische Wahlgesetz von freiherrlichem Geiste nichts verspüren läßt. Daher dürfte denn auch der Kampf darum noch ein recht erbitterter werden.

Gegen die Errichtung von Arbeitskammern hat sich der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes süddeutscher Industrieller in seiner Sitzung vom 7. April ausgesprochen, indem er folgende Erklärung abgab:

„Der Verband süddeutscher Industrieller spricht sich gegen die Errichtung von Arbeitskammern sowohl überhaupt als auch in der in dem vorliegenden Entwurf geplanten Weise aus. Er muß sich insbesondere gegen die Angliederung an die gewerblichen Berufsvereinigungen erklären. Die Durchführung der Bestimmung, daß die Wahlen der Arbeitervertreter durch Arbeiterauschüsse erfolgen sollen, hält er für ungewöhnlich und äußerst schwierig, zumal die Arbeiterauschüsse für die Industriebetriebe nicht obligatorisch sind. Arbeiterauschüsse sind naturgemäß heute nur in größeren Betrieben vorhanden, in denen der Unternehmer den persönlichen Zusammenhang mit dem einzelnen Arbeiter nicht mehr hat. Der Verband süddeutscher Industrieller erklärt sich aber auch überhaupt gegen die Errichtung von Arbeitskammern, weil er sich von solchen paritätischen Kammern keine Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verspricht, vielmehr befürchtet, daß die Arbeitnehmer in diesen Arbeitskammern sich mehr auf die Verfolgung und Erreichung rein politischer, anstatt wirtschaftlicher Ziele legen dürften, was nur Anlaß zu Zwistigkeiten und neuen Kämpfen bieten würde.“

Schließlich spricht sich der Verband süddeutscher Industrieller auch gegen die Errichtung von Arbeitskammern mit Rücksicht auf die bestehenden staatlichen und privaten Einrichtungen, wie Gewerbeämter, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände usw. aus, ohne jedoch hiermit gegen die eventuelle Errichtung reiner Arbeiterkammern Stellung zu nehmen.“

Die gegen den vorliegenden Gesetzentwurf erhobenen Bedenken sind durchaus berechtigt. Nicht einverstanden erklären jedoch können wir uns mit den prinzipiellen Einwänden. Auch aus dieser Erklärung klingt die Furcht heraus, daß die paritätischen Arbeitskammern keinen Vorteil bringen könnten, während bei der Errichtung reiner Arbeiterkammern derartige Beeinträchtigungen offenbar nicht begregt werden, da gegen diese Einrichtung keine Stellung genommen wird. Es scheint uns auch dies ein Beweis dafür zu sein, daß man auch in diesem Unternehmerverbände befürchtet, daß bei den Arbeitskammern der Standpunkt des „Herrn im Hause“ verlassen werden muß, was bei einer Arbeiterkammer nicht der Fall ist. Außerdem ist man sich offenbar auch bewußt, daß dem Gutachten paritätischer Kammern mehr Gewicht beigemessen wird. Das sollte auch den Gegnern der Arbeitskammern zu denken geben.

Eine beachtenswerte Mahnung, die an die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter gerichtet wird, möchten wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten:

„Es scheint ja leider eine Zeitkrankheit zu sein, um so ungebärdiger aufzutreten, je schwächer die Verhältnisse sind. Die Erfahrung haben wir nicht erst in diesem Jahre gemacht. Demgegenüber möchten wir die Kollegen auf die Verantwortung hinweisen, die in diesen Tagen jeder von uns trägt. Wer diese Verantwortung nicht kennt oder nicht fühlt, der mag zurücktreten aus den vorderen Reihen; denn sein Rat und seine Tat können der Allgemeinheit jetzt nicht frommen. Und die Sache der Allgemeinheit ist es, die jetzt verhandelt wird, nicht nur die Sache der Kollegen in A. oder in B. Durch die Unbesonnenheiten wird nur der starke Austrag des Konflikts erschwert, werden neue und oft schwer zu lösende Streitfragen geschaffen. Die Verteilung der Machtverhältnisse — muß für uns ungunstiger werden, wenn wir statt einer fest zur Fahne haltenden Kollegenschaft eine halbtotze Waffe in Rechnung stellen müssen, die sich von jedem beeinflußen läßt, der sich mit vielen Worten und wenig Einsicht billigen Vorbeurteilungen verschaffen möchte.“

Wir wünschen aufrichtig, daß diese Mahnung angesichts der kritischen Situation im Baugewerbe allseits beherzigt wird. Was uns daran am besten gefällt, ist die Tatsache, daß wir sie im „Grundstein“, dem Organ des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Maurer, gefunden haben. Es scheint danach, als wenn auch in diesen sonst so rabiaten Kreisen allmählich die Erkenntnis zuämmern beginnt, daß man nicht immer mit dem Schädlichen durch die Wand kann, sondern den Zeitumständen Rechnung tragen muß. Gerade in jenen Kreisen ist stets das Pfaffenheldentum großgezogen worden, das in den angeführten Sätzen eine so scharfe Beurteilung erfährt.

Jetzt, wo die Lage ernst ist, möchte man die Geister, die man rief, gern wieder los sein. Nun, die richtige Erkenntnis kann nie zu spät kommen. Wie aber hätte man noch vor kurzem auf jener Seite das Maul aufgerissen, wenn in einer ähnlichen Situation ein Gewerkeinsorgan einen solchen Appell an die beteiligten Arbeiter gerichtet hätte! Staumacher! Harmoniedufler! wären sicherlich die gelindesten Ausdrücke gewesen.

In einer Stimmungsmache für die Christlichen wurde eine Konferenz von Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine und evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften benutzt, die vor einiger Zeit in Essen tagte. Wohl verstanden: Nicht eine Konferenz evangelischer Arbeitervereine war es, sondern von einzelnen Mitgliedern derselben, die wahrscheinlich gleichzeitig in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind. Anders kann man sich die Einstellungen und Verdächtigungen unserer Organisation nicht wohl erklären, während die christlichen Gewerkschaften über den grünen Klee gelobt wurden. Auch die Hauptredner waren Sekretäre der christlichen Gewerkschaften, die natürlich in ihrer „Objektivität“ kein gutes Haar an den „Dunkleren“ Gewerkevereinen ließen. Die von uns behauptete religiöse und politische Neutralität sei eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen“, die Gewerkevereine seien antireligiös und viele andere „olle Kamellen“, an die längst kein verständiger und mit der Arbeiterbewegung vertrauter Arbeiter mehr glaubt, wurden den Zuhörern da aufgetischt.

Man kann es uns wirklich nicht zumuten, daß wir immer und immer wieder jene unwahren Behauptungen widerlegen. Dazu fehlt uns die Zeit und die Lust. Es hätte aber auch keinen Zweck, denn es gibt Leute, die einer Belehrung überhaupt nicht zugänglich sind, und dazu gehören die, die fortwährend jene unwahren Behauptungen gedankenlos nachplappern, ohne sie auf ihren Gehalt zu prüfen. Bei diesen aber kann man wenigstens noch den guten Glauben voraussetzen. Geradezu verwerflich aber ist es, wenn Führer einer Gewerkschaftsrichtung, die doch eigentlich auch die Prinzipien der anderen kennen sollten, mit derartigen Verdrehungen und Verdächtigungen freiben gehen, um für sich Anhänger zu gewinnen. Vornehm ist eine solche Kampfesweise ganz gewiß nicht, christlich aber ebensowenig.

Arbeiterbewegung. Die Lage im Baugewerbe ist zuletzt ungeläuter denn je. In Dresden ist es zu einem Schiedsspruch seitens des Einigungsamtes des Gewerbegerichts gekommen. Während die Unternehmer sich demselben unterwerfen zu wollen erklärten, haben die Vertreter der Arbeiter sich ihre Zustimmung noch vorbehalten. In Berlin sind die am vorigen Donnerstag angekündigten Verhandlungen am Montag fortgesetzt worden. Die Vertreter der Bauunternehmer haben erklärt, daß für sie eine Einigung unmöglich sei, wenn die Arbeitnehmer auf den gestellten Lohnforderungen beharrten. Der Weitergang der Verhandlungen war so gedacht, daß der Vertragsentwurf, falls nicht gleich eine Verständigung erzielt wird, an eine Unterkommission zur Verhandlung über die Lohnfrage verwiesen werden sollte. Indessen wurden die Verhandlungen abgebrochen, da die Aussichten auf eine Verständigung vollständig geschwunden waren, und die Regelung sämtlicher Differenzpunkte der für Ende dieses Monats vorgesehenen Verhandlung der Zentralvorstände der beteiligten Organisationen überwiesen. Ergebnislos verlaufen sind auch die Tarifverhandlungen in Rheinland-Westfalen. Neben der Lohnfrage sind es noch einige andere Differenzpunkte, die eine Einigung in Essen verhindert haben. Auch hier wird bruchschuldig, die Verhandlungen durch die Vertreter der Organisationen in Berlin weiterzuführen. Ein besseres Resultat wurde in Posen erzielt. Hier wurden den Arbeitern kleine Zugeständnisse bezüglich des Lohnes gemacht und ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 1. April 1910 läuft. — Ueberaus kritisch ist auch die Situation im Malergewerbe. Der sozialdemokratische Zentralverband der Maler hat es bekanntlich abgelehnt, einen Tarif unter Mitwirkung des Gewerkevereins der Graphischen Berufe und Maler, sowie der christlichen Organisation abzuschließen. Die Folge davon war, daß der Vertrag nur mit den beiden zuletzt genannten Organisationen vereinbart wurde. Da, wo es infolge Vorherrschens des „freien“ Verbandes nicht zu einem Tarifabschluß kommt, wollen die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung vornehmen, an der 30 Städte mit etwa 12000 Malergehelfen beteiligt sein würden. Die Verantwortlichkeit dafür hat der Zentralverband der Maler zu tragen, der in seiner Annäherung den anderen Organisationen die Gleichberechtigung verlag hat. — Auf den Walgaster Zementwerken haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem die über die schwebenden Differenzen eingeleiteten Verhandlungen gescheitert waren. — Eine bedauerliche Ausschreitung ließ sich in Riesenberg (Westpreußen) eine Anzahl Eisenbahnarbeiter zuschulden kommen, die, als ihre Lohnforderungen abgelehnt wurden, in

das Magistratsgebäude eindrangen, von wo sie erst durch herbeigeholtes Militär verdrängt werden mußten. — In Mannheim sind auf den Sägewerken und Holzfabriken am Sonnabend die Arbeiter ausgepersert worden.

In Paris scheinen die Unternehmer des Baugewerbes einlenken zu wollen. Sie haben beschlossen, für einige Arbeitergruppen die Löhne zu erhöhen und die Arbeitsstätten wieder zu öffnen, um zu versuchen, ob nicht auf Grund der neuen Bedingungen genügend Arbeitskräfte sich finden. — In Rio de Janeiro sind die Gasarbeiter in den Streit getreten, so daß die ganze Stadt ohne Beleuchtung ist. — Ein heftiger Kampf tobt auch im Baugewerbe Stockholm. Derselbe hat noch eine weitere Ausdehnung erfahren dadurch, daß die Bauklempner sich den übrigen Streikenden angeschlossen haben.

Ein recht überzeugungstreuer Volksvertreter scheint der christliche Führer Herr Franz Behrens zu sein. Er erinnert uns unwillkürlich an den Journalisten Schmoak, der „kann schreiben rechts und kann schreiben links“, wie's gerade verlangt wird. Bei der Abstimmung über den § 7 des Reichstagsabgeordneten in der 2. Lesung für diesen Paragrafen. Wahrscheinlich hat man ihm seitens seiner christlich-nationalen Kollegen deswegen heftige Vorwürfe gemacht. Vielleicht hat auch der christliche Bergarbeiterverband, dessen Generalsekretär Herr Behrens ist, eine Revision seiner Meinung verlangt, da bekanntlich der christliche Bergarbeiterverband eine ganze Anzahl polnischer Mitglieder zählt. Kurzum bei der 3. Lesung fiel Herr Behrens um und stimmte gegen den § 7. Herr Behrens kann aber noch mehr. Gemäß dem Sprechwort eines unserer Verbandskollegen, der gelegentlich einmal sagte, man könne in dieser oder jener Frage ja sagen, man könne auch nein sagen, man könne sogar geteilter Meinung sein, hat Herr Behrens bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz sich der Abstimmung enthalten. Mehr kann man von einem Volksvertreter, der gleichzeitig Arbeiterführer ist, wirklich nicht verlangen. Bei einer Frage, die, wie das Vereinsgesetz, von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterorganisationen ist, sollte der Abgeordnete aus Arbeiterkreisen doch wohl wissen, wie er zu stimmen hat. Enthält er sich der Stimme, so setzt er sich dem Verdacht aus, daß er nicht den Mut hatte, seine Meinung zu vertreten. Es ist dies der schlimmste Vorwurf, der einem Volksvertreter gemacht werden kann, und es wird Herrn Behrens schwer fallen, sich davon in der Öffentlichkeit zu reinigen.

Die Sprache endlich wiedergesunden hat die „Metallarbeiter-Zeitung“. 14 Tage hat es gedauert, bis sich das Blut entschlössen hat, seinen Lesern Mitteilung über den Ausgang des berühmten Solinger Prozesses zu machen, und was jetzt berichtet wird, das ist natürlich so gehalten, daß der Metallarbeiterverband möglichst wenig belastet erscheint. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß gegen das Urteil selbst Berufung eingelegt werden wird. Nun, wenn der Metallarbeiterverband eine Wiederholung des für ihn so blamablen Schaupiels wünscht, möge er die Berufungsinstanz anrufen. Es ist kaum anzunehmen, daß nach den Vorgängen in Solingen dieselbe zu einem anderen Urteil gelangt. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, könnte die moralische Verurteilung des Metallarbeiterverbandes nicht aus der Welt geschafft werden. Die Taktik gegen den Solinger Industrieverband, die bleibt bestehen. Die Tatsache, daß der Metallarbeiterverband einer anderen Organisation in den Rücken gefallen ist, daß er die Solidarität mit Füssen getreten, kurz daß er Arbeiterverrat geübt hat, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Dazu waren die Zeugenaussagen denn doch zu belastend. Selbst wenn da aus irgend welchen formalen Gründen eine Verurteilung erfolgte, wäre das Verhalten des Metallarbeiterverbandes trotzdem gerichtet. Nicht der Redakteur des Solinger „Eisenwarenarbeiter“ Gen war der Angeklagte, sondern der deutsche Metallarbeiterverband. Die Schuld, die er in Solingen auf sich geladen hat, die wächst kein Regen von ihm ab.

Kein Mittel unverzucht läßt die sozialdemokratische Presse, um den Sächsischen Verband der Maschinisten und Feiger für ihre Organisation zu gewinnen. Wir haben schon verschiedentlich Proben davon gegeben. Am dümmsten stellt sich dabei die sozialdemokratische „Altenburger Volks-Zeitung“ an. In ihrer Nummer vom 8. April bringt sie auf der einen Seite eine Notiz, die von Beleidigungen gegen den Verband spricht, und auf der anderen Seite finden wir folgende Aufforderung: Die Mitglieder des Sächsischen Verbandes der Maschinisten und Feiger in Altenburg, die zum Zentralverband der Maschinisten und Feiger übertreten wollen, können ihren Beitritt beim Vorsitzenden der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes melden. Selbstredend werden auch Anmeldungen aus den um Altenburg herumliegenden

Orten von demselben gern entgegengenommen. Die organisierten Kollegen in den Orten, in denen Zählstellen bestehen, werden ersucht, die Stellen bekannt zu geben, an denen Anmeldungen zum Beitreten entgegengenommen werden.

Die Verwaltung der Zählstelle des Zentralverbandes der Maschinisten und Feiger in Altenburg. Es wird also hier allen Erstes verlangt, daß diejenigen, die man größtenteils beschimpft, Zuspruch bei den Beleidigern selbst suchen. Damit wird die edle Altenburgerin natürlich kein Glück haben. Die zum Sächsischen Verbande gehörenden Maschinisten und Feiger besitzen soviel Selbstachtung, daß sie den sozialdemokratischen Sirenengesängen nicht folgen, sondern den Anschluß an die Deutschen Gewerkevereine suchen werden. Unseren Kollegen aber möge die oben angeführte Beitrittsaufforderung eine Mahnung sein, auch selbst alles aufzubieten, um an den Orten, wo Zweigstellen des Sächsischen Verbandes bestehen, deren Mitglieder über das Wesen der Deutschen Gewerkevereine aufzuklären und für dieselben zu gewinnen.

Sonderbare moralische Auffassungen befundete eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Chemnitz. Wie wir in unserer Nr. 27 mitteilten, wurde der dortige Gauleiter Albin Reichelt wegen Körperverletzung und verurteilter Mäßigkeit, verübt bei den Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, zu einer verhältnismäßig hohen Gefängnisstrafe verurteilt. Strafschärfend wirkten die Vorstrafen, darunter eine einjährige Zuchthausstrafe wegen Meineids. Wenn wir nun auch durchaus der Meinung sind, daß man einem Menschen, der sich einmal gegen die Gesetze vergangen und deswegen eine Strafe verbüßt hat, nicht die Möglichkeit nehmen darf, wieder ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden, so ist ein Mann mit den Vorstrafen Reichelts unseres Erachtens doch nicht geeignet, eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung zu spielen. Die „freien“ Textilarbeiterverbände in Chemnitz haben andere Anschauungen, die sie in oben erwähneter Mitgliederversammlung durch die Annahme folgender Resolution bekundeten:

„Die heute, am 4. April, tagende Mitgliederversammlung spricht dem Kollegen, Gauleiter Albin Reichelt, ihr volles Vertrauen aus. Die Kollegen und Kolleginnen haben nicht die Absicht, wegen der „Vergehen“ eines solchen Mannes von der Gesellschafterchaft, die sie ihm leisten, abzusehen. Die Anwesenden wissen, daß Kollege Reichelt sein ganzes Leben, seine Gesundheit, seine Freiheit, im Dienste der Arbeiterbewegung geopfert hat, und hoffen, daß es den Textilarbeitern noch lange vergönnt sein möge, ihn in ihrer Mitte zu haben. Sie versprechen nach wie vor den Kollegen Reichelt zu schätzen und zu achten. Ueber das gegen ihn gefällte Urteil enthält sich die Versammlung jeder Kritik.“

Auch wir wollen uns jedes weiteren Kommentars hierzu enthalten. Dieses „Vertrauensvotum“ spricht für sich selbst. Auf eins aber möchten wir hinweisen: Mit der Annahme dieser Resolution haben die Versammelten nicht nur ihrer Organisation, sondern der gesamten deutschen Arbeiterbewegung einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Denn zur Hebung des Ansehens der Arbeiterbewegung trägt sie sicherlich nicht bei.

Der preussische Staat als Arbeitgeber. Nach einer dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Drucksache hat sich die Zahl der Staatsarbeiter in Preußen im Jahre 1906 um 44179 vermehrt. Sie betrug insgesamt im Jahre 1906 698902. Auf die Forstverwaltung entfielen davon 161737, auf den Bergwerks- und Hüttenbetrieb 89130 und auf die Eisenbahnverwaltung 448035. Von den Angestellten der Eisenbahnverwaltung waren höhere Beamte 1621, mittlere Beamte 35809, untere Beamte 108071, technische Gehilfen 2175, sonstige Gehilfen im unteren Dienst 74869, Betriebsarbeiter 71314, Bahnunterhaltungsarbeiter 73994, Werkstättenarbeiter 62382. Ein gewaltiges Heer von Arbeitern also wird vom preussischen Staate beschäftigt. Er ist einer jener Arbeitgeber, deren Betriebe Musteranstalten sein sollen. Letzter ist dies nicht in jeder Hinsicht der Fall.

Gewerkevereins-Teil.

§ Gera. Unser Ortsverband hielt am 29. März seine erste Versammlung in diesem Jahre ab. Seit langer Zeit ist damit der Ortsverband wieder einmal an die Öffentlichkeit getreten. Die Lausitzer Kollegen hat dies bisher verhindert. Wenn auch die ungünstige wirtschaftliche Lage den Besuch der Versammlungen beeinträchtigt, so sollte doch den Sitzungen mehr Interesse entgegengebracht werden. Es wurde dann auch in der Versammlung beschlossen, die Ortsverbandssitzungen wieder regelmäßig stattfinden zu lassen. Manche gute Anregung wurde dazu gegeben; hoffentlich sind sie auf fruchtbaren Boden gefallen. Zwei Anträge vom Ortsverein der Stuhlarbeiter wurden angenommen und beschlossen, die Gründung eines Ortsvereins der Frauen und Mädchen in die Wege zu leiten. Hierauf erhielt der Lehrer a. D. K. A. B. das Wort zu seinem Vortrage über: „Die Notwendigkeit einer Verbesserung der Gewerkschaftsklassen“. Der Redner schilderte anschaulich die

